

Die AL will auf dem Land wachsen

Die Alternative Liste will Ihre Fraktionsstärke ausbauen und linke Alternativen über die Stadtgrenzen hinaus in die Agglomerationen und aufs Land tragen.

Adi Kälin



Mitglieder der Alternativen Liste im Gemeinderat der Stadt Zürich. (Bild: Goran Basic / NZZ)

Die Alternative Liste war bei den Kantonsratswahlen vor vier Jahren sehr erfolgreich: Sie konnte ihren Wähleranteil von rund 1,6 auf 3 Prozent fast verdoppeln, und die Zahl der Sitze stieg von 3 auf 5. Sämtliche Mitglieder der AL-Fraktion im Kantonsrat stammen aber aus der Stadt; 4 aus Zürich, 1 aus Winterthur. Bei den kommenden Wahlen will man nun die Zahl der Sitze um weitere 2 erhöhen, gleichzeitig aber auch die Präsenz in der Agglomeration und auf dem Land stärken. Deshalb hat die Partei in allen Bezirken volle Listen eingereicht. Alle fünf Bisherigen treten wieder an, bei den Regierungsratswahlen versucht es AL-Gemeinderat Walter Angst.

Kantonsrat Markus Bischoff zog an einer Medienkonferenz Bilanz aus den letzten vier Jahren: Auch als kleine Fraktion sei es gelungen, sich Gehör zu verschaffen und als eigenständige Stimme wahrgenommen zu werden, sagte er. Schwerpunkte lagen in den Bereichen Gesundheits- und Verkehrspolitik, Gleichstellung und Grundrechte. In der Finanzpolitik will man sich gegen eine bürgerliche Finanzpolitik engagieren, die sich durch Entlastung der Grossverdiener und Steuersenkungen auszeichne. Bei der Standortqualität seien andere Faktoren ausschlaggebend als die Steuerbelastung, sagte Kaspar Bütikofer.

Walter Angst fokussierte auf die «wohnpolitische Eiszeit» im Kanton. Es sei geradezu ein «demokratiepolitischer Skandal», wie der Regierungsrat die Umsetzung der Volksabstimmung zum Bau preisgünstiger Wohnungen von 2014 hinauszögere. Es geht um einen Passus im Planungs- und Baugesetz, der es Gemeinden ermöglichen soll, bei Ein- und Aufzonungen den Bau günstiger Wohnungen zu verlangen.

Wie immer hat die AL ihr Wahlkampfbudget offengelegt: Vorgesehen sind 164 000 Franken, von denen 50 Prozent über Spenden finanziert werden sollen. Rund die Hälfte wird für das Aushängen von Plakaten verwendet. Rund 20 000 Franken wird eine Aktion beanspruchen, mit der man auf die Wohnsituation in Zürich und anderswo aufmerksam machen will. Zudem sind diverse Veranstaltungen vorgesehen, etwa eine Begehung zum Rosengartentunnel.